

"Zukunft findet Stadt"

Gedanken des GRÜNEN Oberbürgermeisterkandidaten in Göttingen

(Stand 24. Februar 2014)

1. Haushalt: Zukunft sichern	5
<i>Verlässliche Haushaltspolitik.....</i>	<i>5</i>
<i>Investitionen mit Weitblick.....</i>	<i>5</i>
<i>Fairer Ausgleich mit dem Landkreis.....</i>	<i>6</i>
<i>Verlässlicher Investitionsplan für die Stadtteile</i>	<i>6</i>
2. Verwaltung: Offen, bürgernah und wirtschaftlich.....	8
<i>Dialog: Mehr als Transparenz</i>	<i>8</i>
<i>Verwaltung als Dienstleister.....</i>	<i>9</i>
<i>Eigenständigkeit der Stadtteile</i>	<i>9</i>
<i>Mehr Vielfalt im Rathaus – und darüber hinaus.....</i>	<i>10</i>
<i>Moderne Verwaltungsführung.....</i>	<i>11</i>
3. Wirtschaft und Wissenschaft: Aus Ideen Geld machen.....	13
<i>Den internationalen Wissenschaftsstandort Göttingen stärken.....</i>	<i>13</i>
<i>Aus Ideen Geld machen.....</i>	<i>13</i>
<i>Wirtschaftsförderung im Dialog.....</i>	<i>14</i>
4. Kinderfreundliches Göttingen: Eine Chance für alle.....	16
<i>In der Kinderbetreuung Spitze bleiben.....</i>	<i>16</i>
<i>Ganztagsschulen, auf die Verlass ist</i>	<i>17</i>
<i>Gerechte Chancen für alle Kinder.....</i>	<i>18</i>
<i>Stadt für Jung und Alt.....</i>	<i>19</i>
5. Welcome-City: Eine Stadt für alle.....	20
<i>Eine Kultur des Willkommens</i>	<i>20</i>
<i>Bildung und Spracherwerb.....</i>	<i>21</i>
<i>Integriert ein Leben lang.....</i>	<i>21</i>
6. Kultur: Vielfalt ermöglichen und Potenziale nutzen.....	23
<i>Kultur über Stadtgrenzen hinaus denken.....</i>	<i>23</i>
<i>Orte für kreative Ideen</i>	<i>23</i>
<i>Ansprechpartner für Kulturschaffende.....</i>	<i>24</i>
7. Stadtentwicklung: Platz zum Wohnen, Arbeiten und Leben.....	25
<i>Nutzung vorhandener Flächen: Ein Erfolgsmodell.....</i>	<i>25</i>
<i>Nachhaltiger und vielfältiger Städtebau</i>	<i>26</i>
<i>Kurze Wege gegen volle Straßen</i>	<i>27</i>
<i>Ideen für eine lebendige Innenstadt</i>	<i>27</i>
8. Göttingen für ökologische Zukunftspolitik.....	29
<i>Lebensräume erhalten</i>	<i>29</i>
<i>Ökologie ist Chefsache.....</i>	<i>30</i>
9. Klima und Verkehr	31
<i>Städtischer Klimaschutz: Mehr als Stromsparen</i>	<i>31</i>
<i>Verkehrsverbund: Bus und Fahrrad für mehr Klimaschutz</i>	<i>32</i>

Liebe Göttingerinnen und Göttinger,

meine Frau und ich haben uns vor drei Jahren ganz bewusst für diese tolle kleine Großstadt mit ihren unendlich vielen Liebenswürdigkeiten, ihren bunten, intelligenten und kreativen Menschen entschieden. Heute wissen wir, dass wir es richtig gemacht haben. Wir fühlen uns pudelwohl. Wir sind hier zu Hause.

Göttingen ist eine liebens- und lebenswerte Stadt. In den vergangenen Jahren ist viel geschafft worden. Die Stadt vermittelt ein angenehm positives Lebensgefühl, das ansteckt. Göttingen ist in vielen Bereichen gut aufgestellt. Aber jede Stärke ist auch ausbaufähig.

Wir werden uns in den nächsten Jahren der Herausforderung gegenüber sehen, in der Einhaltung der Verpflichtungen, die wir mit der Unterzeichnung des Entschuldungshilfepakets (EHP) eingegangen sind, die darin liegenden großen Chancen zu erkennen. Wir werden die gestaltenden und kreativen Kräfte in unserer Stadt zu motivieren und zu bündeln haben. Dann behalten wir das Heft des Handelns in der Hand und können die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Das „Fahren auf Sicht“ der letzten Jahre war zwar pragmatisch, aber ohne Idee und Vision. Ich möchte die Stadt deshalb durch kluge strategische Zielsetzungen und Planungen sicher für die Zukunft aufstellen. Dazu braucht es Menschen in der Verwaltung, die es können (die gibt es!) und die dafür Auftrag und Zeit bekommen.

Wir sind im Vergleich zu ähnlich großen Städten richtig gut in der Kinderbetreuung, doch trotzdem ist sie in manchen Bereichen Mangelware, weil die Bedarfe nach Betreuung ebenso schnell wachsen wie die Ausbaumaßnahmen.

Der Bildungsstandard ist qualitativ und quantitativ vorbildlich, die Strukturen sind gleichwohl im Umbruch. Die durch die Universität und die Forschungseinrichtungen in Göttingen vorhandenen Potenziale sind gewaltig, wirken sich aber ökonomisch bei Weitem nicht so positiv aus, wie es möglich wäre. Die hier liegenden Chancen müssen erkannt und genutzt werden.

Die Internationalität der Stadt ist deutlich ausbaufähig, sowohl in Bezug auf hochqualifizierte Menschen, die in Betrieben, Universität und Instituten ihre Fähigkeiten einbringen als auch in Bezug auf diejenigen Menschen, die aus völlig anderen Gründen in die Stadt kommen und hier Schutz suchen. Ich möchte dazu einladen, mit mir und mit vielen anderen über Nationalität und Herkunft hinweg Gemeinsamkeiten und Team zu erleben und Wege zu mehr Chancengleichheit zu suchen und zu begehen.

Es fehlt auch für "normalverdienende" Familien, besonders für kinderreiche wie auch für Menschen mit Behinderungen an bezahlbarem Wohnraum. Und es fehlt an Wohnraum für Studentinnen und Studenten.

Ökologisch ist Göttingen noch längst nicht am Ziel. Immer wieder schrammen wir an den "Grenzwerten" für verschiedene Luftschadstoffe vorbei. Durch intelligente Konzepte muss der Modal-Split weiter zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs und des ÖPNV verändert werden.

Göttingen muss einen größeren Beitrag zur Energiewende leisten als bisher. Daran ändern auch die Pläne der neuen Bundesregierung nichts, die die Bedingungen für die Windenergie stark verschlechtern werden. Die vorhandenen Potentiale u.a. auch der Sonne müssen intensiver genutzt werden.

Die Verkehrssicherheit muss noch intensiver als bisher im Fokus stehen. Dazu gehört eine Förderung des gegenseitigen Respekts der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Der Handel in der Innenstadt braucht neue Impulse, ebenso die Wirtschaftsförderung. Wir müssen mehr aus der „Stadt, die Wissen schafft“ machen, das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft befördern und die Handwerksbetriebe wie auch die großen Arbeitgeber mit motivierten jungen Leuten zusammenbringen. Wir haben in Göttingen ein hohes Potential an Firmen und Unternehmenskonzepten, die den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Ökologie verpflichtet sind. Gerade in diesen Feldern kann sich das sehr hohe Forschungspotential Göttingens entfalten.

Schulen und Sportanlagen sind in einem Zustand, der regelmäßige Pflege einfordert. Gleiches gilt für Straßen, Brücken und städtische Einrichtungen. Das Neue Rathaus ist in die Jahre gekommen und muss nach und nach saniert werden.

Ich bin mir sicher, dass ich die in der Stadt vorhandenen Kräfte zusammenführen kann, damit wir diese Herausforderung in den unterschiedlichsten Bereichen bestehen. Wir haben allen Grund, im Wissen um unsere Potentiale optimistisch nach vorne zu schauen.

Die vor uns liegenden Aufgaben lassen sich nur lösen, indem die Menschen in Göttingen zusammen mit einem mutigen, ideenreichen, motivierenden, kommunikativen und dabei besonnenen, aber beharrlichen Oberbürgermeister mit Elan die Zukunft anpacken. Ich weiß aus meinen nun fast drei Jahren in Göttingen, dass es viele kreative und engagierte Menschen in unserer Stadt gibt. Wer wenn nicht sie selbst können Lösungen entwickeln? Meine Aufgabe wird sein, sie zusammenzuführen, damit wir alle gemeinsam Erfolg haben.

Ich möchte Räume schaffen, in denen viele kreative Köpfe die Zukunft mitbestimmen. Ich will demokratische Prozesse fördern, eine Kommunikationskultur entwickeln helfen, die mehr Aushandeln und weniger Ansagen ermöglicht.

Ich möchte in der Stadt, zwischen den Stadtteilen und auch im Rathaus mehr Gemeinsamkeit kultivieren.

Eingebettet in ein übergreifendes, zu erarbeitendes Diversitätskonzept muss grundlegendes Prinzip jeder Entscheidung die konsequente Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern sein. Sie ist mir Sache des Herzens wie auch Sache des Kopfes. Vor allem aber muss sie endlich auf die Füße gestellt werden und sowohl verwaltungsintern (Frauen in Führung!) als auch in der an jede Entscheidung zu stellende Frage nach den Wirkungen auf Mädchen und Frauen.

Wir müssen Göttingens Rolle als wirtschaftliches und kulturelles Oberzentrum für Südniedersachsen und darüber hinaus deutlicher und selbstbewusster als bisher deutlich machen und gemeinsam mit der Region um uns herum zum Nutzen aller

ausbauen. Göttingen kann für die umliegenden Städte und Gemeinden sowie den eigenen Landkreis Göttingen wie auch für die anderen Landkreise Südniedersachsens eine Drehscheibenfunktion für viele Bereiche übernehmen, so für das Thema Energie, Verkehr (ÖPNV, Radschnellwege), Tourismus, Wirtschaftsförderung, Hochwasserschutz, Schule und viele mehr.

Auf den folgenden Seiten möchte ich meine Ideen für eine gute Zukunft unserer Stadt darlegen. Auf Ihre und eure konstruktive Kritik und Anregungen dazu freue ich mich, damit wir zusammen „der Stadt Bestes“ finden mögen.

Ihr Siegfried Lieske

1. HAUSHALT: ZUKUNFT SICHERN

Insbesondere in der Kommunalpolitik geht es immer darum, wie wir die knappen Mittel zum größten Nutzen der Stadt einsetzen. Deshalb stelle ich die verantwortungsvolle Haushaltsführung bewusst an den Anfang meines Programms. Durch eine weitere Entschuldung der Stadt und eine kluge Investitionspolitik können wir uns Spielräume für die Zukunft erarbeiten.

VERLÄSSLICHE HAUSHALTPOLITIK

Die Haushaltskonsolidierung muss weiter fortgesetzt werden.

Die Voraussetzungen haben wir durch den mit dem Land Niedersachsen abgeschlossenen Zukunftsvertrag (Entschuldungshilfepaket=EHP) geschaffen. Der amtierende Oberbürgermeister und der Kämmerer haben Anerkennung für ihr kluges Vorgehen verdient. Erhebliche Summen, die sonst für Zinsen hätten ausgegeben werden müssen, werden schon jetzt eingespart. Dies gibt uns u.a. die Möglichkeit, langfristig wieder in unsere Substanz, unsere städtischen Gebäude, die Straßen und Brücken usw. zu investieren und nicht dem Verfall der öffentlichen Werte zuzusehen.

Wir werden die Vorgaben des EHPs einhalten und ohne Schulden auskommen. Mit wirtschaftlichem Handeln und vorsichtigen Investitionsplanungen ist dies möglich. Steuererhöhungen kommen nicht mehr in Betracht. Zusätzliche Ausgaben müssen wir durch besseren Einsatz der knappen Mittel finanzieren.

Ich will die Belastung der Bürgerinnen und Bürger nicht weiter hochschrauben. Gewiss wird auch in Zukunft das Prinzip gelten, dass starke Schultern eher zu belasten sind als schwache. Aber ich will auch darauf achten, dass starke Schultern stark bleiben können, um das gesamte Schiff Stadt Göttingen auf Kurs zu halten.

INVESTITIONEN MIT WEITBLICK

Der Abschluss des EHPs bedeutet nicht, dass alle sogenannten freiwilligen Leistungen gestrichen worden sind oder in Zukunft gestrichen werden müssten. Bei neuen freiwilligen Leistungen ist aber ein strenger Maßstab anzulegen. Beispielsweise im Bildungsbereich haben viele freiwillige Leistungen den Charakter von Investitionen, die uns in Zukunft viel Geld sparen werden. Dies ist gewiss nicht überall der Fall. Wir müssen also sehr genau hinsehen, um die Bereiche zu identifizieren, die uns „das Geld wert“ sind. Auch diesbezüglich ist ein Leitbildprozess notwendig, um daraus abgeleitete strategische Planungen und Schwerpunktsetzungen vornehmen zu können, die wiederum Grundlage für konkrete Projekte und Vorgehensweisen sein können. Das muss sich auch im städtischen Haushalt niederschlagen.

Diese notwendige Entscheidung über Schwerpunkte will ich gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern treffen: Wege für einen Bürgerhaushalt sollen ausgelotet werden. Ich möchte aber auch gemeinsam mit der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern Erfahrungen z.B. mit dem Instrument der Planungszelle machen. Für weitere Vorschläge bin ich offen.

Finanzmittel für unabdingbar notwendige Sanierungen, Um-, An- und Ausbauten, z.B. beim Ausbau der Kita-Angebote, der neuen IGS (Integrierte Gesamtschule), für die anstehende Sanierung der Stadthalle oder für das dringend notwendige Depot des Städtischen Museums stehen nur begrenzt zur Verfügung. Deshalb müssen strategische Planungen aufgestellt werden, um das Geld an der richtigen Stelle zum richtigen Zweck auszugeben.

Moderne Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen über den Lebenszyklus einer Investition müssen zur Routine werden. Ich will die finanzielle Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Stadt auch durch eine umfassende Aufgabenkritik in Bezug auf die Verwaltung sichern. Einsparpotenziale müssen aufgedeckt, neue Instrumente der wirtschaftlichen Aufgabenerledigung eingesetzt werden.

FAIRER AUSGLEICH MIT DEM LANDKREIS

Es ist überfällig, zu einem vernünftigen finanziellen Interessenausgleich mit dem Landkreis Göttingen zu kommen. Die Vereinbarung muss die Leistungserbringung der Stadt angemessen widerspiegeln, und zwar insbesondere in den Bereichen Jugend und Schule, aber auch in Bezug auf das SGB II und das SGB XII (Kostendeckung). Es ist unstrittig, dass die Stadt Göttingen als wirtschaftlicher Motor des Landkreises einen angemessenen Beitrag zum Haushalt des Landkreises beizutragen hat und sich ein enges „Was gebe ich und was bekomme ich dafür“ verbietet. Ich bin sicher, gemeinsam mit dem Landkreis einen für beide Seiten gangbaren Weg finden zu können, indem die Stadt das Thema schnell wieder auf die Tagesordnung bringt.

In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, möglichst weitere Felder für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung zu identifizieren. Auch dabei muss aber klar sein, dass derartige Kooperationen auf Augenhöhe zu vereinbaren und zu leben sind.

VERLÄSSLICHER INVESTITIONSPLAN FÜR DIE STADTEILE

Ich halte eine aktuelle Bedarfsanalyse in Bezug auf die Ausstattung mit städtischen Einrichtungen (soziale, kulturelle, technische, bildungs- und betreuungsrelevante) in den Stadtteilen für erforderlich. Grundlage kann das städtebauliche Leitbild sein, um für die einzelnen Stadtteile Spezifizierungen und Konkretisierungen zu finden. Daraus sollte ein Investitionsplan für einen Zeitraum von zwanzig Jahren entstehen, auf den die Stadtteile sich verlassen können. Prioritätensetzung, Kompromisse, gemeinschaftliche Nutzungen und auch Verzicht sind hier gefordert. Im Rahmen einer solchen Debatte müssen viele Projekte in eine Rangfolge gebracht werden. Ich will mich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt für alle Stadtteile stark machen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um das Weender Freibad anzusprechen. Es macht überhaupt keinen Sinn, eine Lösung gegen die Weenderinnen und Weender durchsetzen zu wollen. Das Freibad ist kein Thema für eine parteipolitische Auseinandersetzung. Der durch das EHP gesetzte Finanzrahmen ist von den drei großen im Rat vertretenen Parteien einmütig beschlossen worden. Innerhalb dieses Rahmens ist alles denkbar. Und ich möchte mich darüber auch nicht mit Mitbewerberinnen oder Mitbewerbern um das Amt des

Oberbürgermeisters streiten. Ich strebe an, die Möglichkeiten des Erhalts möglichst vieler Funktionen des Freibades in einem geordneten Verfahren neu zu diskutieren. Ich schließe auch den Erhalt einer Sprungmöglichkeit, vielleicht auch aus 10 Metern Höhe, nicht aus. Dafür müssen aber vorbehaltlos und nüchtern alle Fakten, alle Interessen und alle Meinungen auf den Tisch. Ich finde, dass diese aktuelle Auseinandersetzung eine wunderbare Gelegenheit ist, das Instrument der Planungszelle erstmals anzuwenden.

2. VERWALTUNG: OFFEN, BÜRGERNAH UND WIRTSCHAFTLICH

Eine moderne Verwaltung ist zugleich wirtschaftlich und bürgerfreundlich, lösungsorientiert und pragmatisch, motiviert und lernfähig sowie sensibel für alle Gerechtigkeitsfragen von der Gender- über die Inklusions- bis zur Altersfrage. Dafür braucht die Stadt einen modernen OB.

Ein Oberbürgermeister muss erkennen, was die Menschen wollen, was die Stadt als Ganzes braucht, und dafür innerhalb der Verwaltung machbare Lösungsvorschläge entwickeln. Er muss Mittler sein zwischen Bürgerschaft, Stadtrat und Verwaltung. Gefragt sind dabei Bürgernähe, Mut und die Fähigkeit, Menschen zu einem Team zusammenzuführen und zu motivieren – also für gemeinsame Ziele begeistern zu können. Eine Verwaltung braucht an der Spitze einen Menschen mit Verwaltungserfahrung, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennt und der sie motivieren kann, ihre Erfahrung in die gemeinsame Arbeit einzubringen. Ich will mit ihnen und gemeinsam mit der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern der Frage nachgehen, wie Verwaltung von den Bürgerinteressen und damit von den Aufgaben her gedacht und strukturiert werden kann und weniger von Zuständigkeiten.

Nur zwei Beispiele seien genannt: Wer für das Personalmanagement und künftig für das Funktionieren von Verwaltungsabläufen zuständig ist, der muss auch die Zuständigkeit für das Raummanagement im Rathaus haben. Zweites Beispiel: Wer Schulen und Kitas verwaltet und für funktionierende Abläufe dort zuständig ist, der muss auch für das Reinigungsmanagement zuständig sein. So können unnötige Reibungsverluste vermieden werden.

DIALOG: MEHR ALS TRANSPARENZ

Ich stehe für Dialogbereitschaft!

Der Dialog zwischen Verwaltungsspitze und Bürgerinnen und Bürgern muss intensiviert werden. Wichtige Fakten werden oft zu spät oder nur durch formal zu beantragende Akteneinsicht zugänglich gemacht. Das Göttinger Rathaus braucht und will kein Herrschaftswissen! Der beschlossenen Informationsfreiheitsgesetz muss nachhaltiger als bisher Geltung verschafft werden. Erforderlich ist eine proaktive Öffentlichkeitsarbeit! Die Methoden werden sorgfältig zu betrachten sein. Vielleicht brauchen wir eine BürgerInnen-Ombudsperson, die darüber wacht, dass Informationen nicht nur proaktiv zur Verfügung gestellt werden, sondern dass sie wenn immer möglich auch eine Form haben, die auch für Laien verständlich ist.

Ich will die Öffentlichkeit bei allen Entscheidungen möglichst früh beteiligen. Bürgerversammlungen müssen regelmäßig stattfinden, auch in den Stadtteilen. Wir brauchen weitere, phantasievolle Formen der Bürgerbeteiligung, um möglichst viele Göttingerinnen und Göttinger zum konstruktiven Mitmachen zu motivieren. Ihnen soll deutlich werden, dass sie selbst es sind, die mit ihren Anliegen im Mittelpunkt stehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Bürgerinnen und Bürger gut informiert sind. Ihre Informiertheit muss das selbstverständliche Ziel der Verwaltung sein. Das ist ein anderer Ansatz als nur die Möglichkeit zu bieten, Informationen zu bekommen.

Ich werde dem Stadtrat vorschlagen, ein Leitbild zu erstellen. Der Stadtrat und der Oberbürgermeister sollen sich dem Leitbild verpflichten und an seiner Realisierung arbeiten. Göttingen hat eine starke Diskussionskultur. Hier leben Menschen, die mitreden wollen, wenn über ihre Anliegen entschieden wird. Das ist eine wunderbare Voraussetzung für einen dringend notwendigen Leitbildprozess für unsere Stadt.

Das in Umsetzung und sich auf einem guten Weg befindliche e-Government werde ich um die Perspektive der e-Participation ergänzen. Der Einzug der Elektronik in die Akten der Verwaltung birgt viele Möglichkeiten vergleichsweise einfacher Umsetzung von Transparenz.

Als Oberbürgermeister will ich stets ein offenes Ohr für Sorgen, Beschwerden und Anregungen haben. Das Beschwerdemanagement soll mehr als bisher deutlich machen, dass Hinweise aus der Bürgerinnen- und Bürgerschaft als willkommene Anregungen angesehen werden, Entscheidungen und Positionen zu überdenken und ggf. zu korrigieren. Bürgerbeschwerden sind eine Form kostenloser Organisationsberatung! Ich will das Beschwerdemanagement zu einer Zentrale für Bürgeranregungen ausbauen. Ich möchte die Bürgerinnen und Bürger einladen, sich nicht nur zu melden, wenn etwas nicht in Ordnung ist, sondern auch initiativ Ideen und Verbesserungsvorschläge einzubringen oder auch nur Meinungen zu äußern.

VERWALTUNG ALS DIENSTLEISTER

Die Bürgerorientierung braucht einen deutlichen Schub nach vorne. Die Umstellung auf elektronische Verfahren muss deutlich forciert werden, um Kapazitäten für einen modernen Bürgerservice zu schaffen, der mittelfristig zentral 90 bis 95 Prozent aller Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nach Durchschreiten der ersten Tür des Rathauses nachkommen kann. Die persönliche Beratung und Bearbeitung muss dauerhaft gesichert sein. Das gilt auch für die Verwaltungsstellen. Aber auch das virtuelle Rathaus muss für diejenigen, die diesen Weg der Kommunikation bevorzugen, zur Verfügung gestellt werden.

Vor dem Hintergrund der durch die Spionagepraktiken der amerikanischen und britischen Geheimdienste ausgelösten Datenskandale halte ich es für notwendig, die Verwendung von Microsoft-Produkten zu überprüfen und gegebenenfalls auf ebenso leistungsfähige, Open-Source-Produkte zu wechseln, z.B. auf LINUX-Basis.

EIGENSTÄNDIGKEIT DER STADTTEILE

Die Teilorte sind allesamt von einem starken Eigenleben, regen Vereinsaktivitäten und großem Zusammenhalt gekennzeichnet. Sie bereichern Göttingen und erst zusammen mit den Stadtteilen erreichen wir die Größe und Bedeutung einer Stadt mit den Funktionen eines Oberzentrums. Göttingen und seine Stadtteile können gemeinsam noch viel erreichen. Die Stärken und Qualitäten zu fördern, Individualität, Traditionen und Geschichte zu betonen und dabei die Stadt als Ganzes im Blick zu behalten, muss unser Ziel sein.

Es ist für mich selbstverständlich, dass ich mich als OB für die Teilorte genauso interessieren und einsetzen werde wie für die Kernstadt. Das reiche Vereinsleben, die Feste und Traditionen sind Pfunde, mit denen sich wuchern lässt, die Pflege und Anerkennung verdienen. Regelmäßige Bürgerversammlungen mit dem OB in den

Stadtteilen sind für mich genauso notwendig wie Bürgersprechstunden des OB in den Verwaltungsstellen und die Präsenz bei wichtigen Anlässen im Leben eines Ortes.

Die Eigenständigkeit der Stadtteile zu stärken, bedeutet nach meiner Auffassung auch, ihnen wieder mehr politische Kompetenzen zu geben. Die Integration in die gemeinsame Kommune ist so erfolgreich vorangeschritten, dass keine Auflösungsprozesse zu erwarten sind. Ich möchte deswegen den Ortsräten ein größeres Finanzbudget zur eigenen Entscheidung geben. Die Bürgerschaft soll (wie in kleinen Kommunen) die Möglichkeit bekommen, Entscheidungen direkt demokratisch zu treffen. Dies ist möglich, wenn der Stadtrat einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasst und sich selbst verpflichtet, solche Entscheidungen zu akzeptieren. Das politische Leben in einem Ort gewinnt an Bedeutung, wenn Entscheidungen auch im Ort erstritten werden können. Deshalb sollen auch die Stadtteile, für die es bisher keinen Ortsrat gibt, diesen bekommen, damit sie mehr als bisher ihre eigenen Angelegenheiten direktdemokratisch regeln können.

Ein Kapitel darf nicht ohne eine Würdigung der vielfältigen Vereine in unserer Stadt enden. Stellvertretend für alle anderen will ich die Sportvereine, an der Spitze den Stadtsportbund nennen. Die Vereine und der SSB leisten eine brillante Arbeit. Anders als in anderen Regionen des Landes verzeichnen wir steigende Mitgliederzahlen. Die Vereine leisten Gemeinwesenarbeit im besten Sinne. Sport ist Integration, Sozialpolitik, Gemeinschaftsbildung, Gesundheitsförderung und vieles mehr. Auf die Vereine und die in ihnen zumeist ehrenamtlich Arbeitenden will ich auch in der Zukunft setzen und ihnen schon jetzt hohe Anerkennung zollen.

Einen Wunsch habe ich allerdings: Bekommen wir gemeinsam es hin, allen Kindern bis zum Eintritt in die Grundschule das Schwimmen beizubringen? Das rettet Leben!

MEHR VIELFALT IM RATHAUS – UND DARÜBER HINAUS

Den Blick der Verwaltung für unterschiedliche Auswirkungen städtischen Handelns auf Männer und Frauen will ich schärfen. Die Gleichstellungsbeauftragte soll Vorlagen aus der Perspektive der Gleichstellung bewerten (Gender-Check). Wie viele Männer und Frauen sind betroffen? Welche Daten sind hierzu vorhanden? Wer hat Vor-, wer Nachteile? Gibt es Unterschiede hinsichtlich der vorhandenen Ressourcen und Bedarfe zwischen den Geschlechtern? Wie lassen sich Gleichstellungsziele im Verfahren erreichen? Und nach der Entscheidung: Wurden diese Ziele erreicht?

Zum Thema „Vielfalt“ gehört auch ein Blick auf die Inklusion jedweder Minderheiten. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist mit der Erstellung eines Kommunalen Aktionsplans zwar auf dem Weg, allerdings braucht er wesentlich mehr Fahrt. Deshalb möchte ich ihn personell und finanziell stärken und ihn vor allem als Querschnittsaufgabe mir als OB direkt unterstellen. Die vorhandene alte Prioritätenliste hinsichtlich der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude muss überarbeitet und ergänzt werden. Die Leitidee der „Inklusiven Stadt“ wird Grundlage allen politischen und Verwaltungshandelns sein.

Gleiches gilt in besonderer Weise auch für die Perspektive von Migrantinnen und Migranten. Hier muss ein zu schaffender Integrationsausschuss anstelle des Integrationsrates geschaffen werden.

Wesentlich für mich ist, dass endlich Migrantinnen und Migranten Wege aufgezeigt werden, bei der Stadt Göttingen eine Ausbildung zu absolvieren, um auf diese Weise die Kompetenz der Verwaltung im Bereich Kultursensibilität auf ganz natürliche Weise zu erhöhen. Das ersetzt entsprechende Fortbildungen natürlich nicht.

Die Stadtverwaltung muss gezielt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen. Das signalisiert den Einwandererkindern, dass sie hier eine faire Chance bekommen und verbreitert die Kompetenz der Verwaltung.

MODERNE VERWALTUNGSFÜHRUNG

Ich weiß, dass sich viele Menschen in der Stadt fragen, wie ich die Verwaltung führen werde. Ich bin mir sicher, dass ich die dafür notwendigen Fähigkeiten in reichem Maße habe. Fachlich bin ich im wichtigen Bildungs- und Jugendbereich sozusagen zu Hause. Auch den gesamten Bereich des Ordnungsrechts und seine Umsetzung kenne ich inzwischen umfassend. Die beiden Themenfelder spielen in unterschiedlichste Ressorts meiner derzeitigen Dezernentenkollegin sowie der Dezernentenkollegen hinein, mit denen ich eine sehr gute Kollegialität pflege. In das Baudezernat konnte ich z.B. im Zusammenhang mit Bau- sowie Stadt- und Verkehrsplanungen Einblick nehmen. Die Untere Verkehrsbehörde als Teil des Fachbereichs Ordnung und die Verkehrsplanung haben u.a. bei der Freigabe der Radwegebenutzung für viele Radwege in der Stadt vorzüglich zusammengearbeitet.

Die Verwaltung benötigt gut ausgebildetes, motiviertes Personal. Dazu gehört auch eine umsichtige Führungskultur auf allen Ebenen. Die Führungskräfte benötigen dazu Orientierung, die sich in einer gemeinsam erarbeiteten „Führungsfibel“ ausdrücken könnte. Es reicht für Führungskräfte nicht, gut in der Sache und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern positiv zugewandt zu sein. Führungsqualitäten sind erlernbar. Zu ihnen gehört auch die Fähigkeit zum klaren kritischen Wort, wenn es notwendig ist. Das klärt und nützt am Ende allen, vor allem der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter.

Durch individuelle Personalangelegenheiten, aber auch durch den umfassenden Personal- und Organisationsentwicklungsprozess in meinem Dezernat habe ich originäre Erfahrungen mit der Personalverwaltung sammeln können. Ich kenne deren Stärken und Schwächen und weiß inzwischen, dass Personalverwaltung und Finanzverwaltung nicht in ein Dezernat gehören. Die zweifellos notwendige Haushaltsdisziplin darf nicht länger innovative Ansätze, Verwaltung langfristig effektiver und bürgernäher zu gestalten, unterdrücken. Der Fachbereich Personal muss zu einer Personal- und Organisationsentwicklungseinheit für das ganze Haus werden.

Die Gesamtverwaltung benötigt einen PE- und OE-Prozess nach dem Vorbild meines Dezernates. Nicht Beratungsfirmen, die in die Verwaltung einfallen, analysieren und kluge Ratschläge geben braucht es, sondern einen beteiligungs- und mitarbeiterorientierten Prozess, der allein methodisch extern begleitet wird. Der Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger muss hinzukommen, um auch den Aspekt der Bürgerfreundlichkeit nicht zu kurz kommen zu lassen.

Eine Stadtverwaltung muss selbst in der Lage sein, beispielsweise Bebauungspläne bis zur Inkraftsetzung zu bearbeiten, ohne teure Büros zu Rate zu ziehen. Ich bin der

Meinung, dass man sich in der Vergangenheit manches Gutachten und manchen teuren Unternehmensberaterauftrag besser gespart und stattdessen die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter entwickelt hätte. Diesen Weg möchte ich in und mit der Verwaltung beschreiten.

3. WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT: AUS IDEEN GELD MACHEN

„Göttingen“ hat in der Welt einen guten Klang. Es ist historisch und aktuell vor allem unserer Universität und den zahlreichen wissenschaftlichen Instituten zu verdanken, dass Göttingen den Titel „Stadt, die Wissen schafft“ zu recht trägt. Das Verhältnis zwischen Stadt und Universität sowie den anderen Wissenschaftseinrichtungen ist auf den jeweiligen Leitungsebenen nicht schlecht. Jedoch werden die für beide Seiten möglichen Potentiale bei weitem nicht ausgeschöpft. Gleiches gilt für die HAWK, die PFH sowie die verschiedenen Institute in der Stadt.

DEN INTERNATIONALEN WISSENSCHAFTSSTANDORT GÖTTINGEN STÄRKEN

Die Stadt muss der Universität jede sinnvolle Unterstützung bieten, Göttingen als international ausgerichteten Forschungsstandort zu profilieren. Die Zusammenarbeit von Stadt und Universität beim Ausbau der internationalen Beziehungen ist unterentwickelt. Hier liegen Chancen, die genutzt werden müssen.

Es reicht nicht aus, gut zu sein. Die Qualitäten der Göttinger Bildungs- und Wissenschaftslandschaft müssen viel offensiver und vor allem internationaler dargestellt werden. Verbindungen der Universität in die ganze Welt müssen von der Stadt unterstützt und können von ihr genutzt werden.

Das Stadtmarketing kommt trotz fleißiger und innovativer Mitarbeiterinnen zurzeit über eine eher biedere Darstellung der Stadt nicht hinaus. Eine Bündelung aller interessierten Kräfte kann hier wesentliche Fortschritte bringen. Göttingen nutzt seine Chancen für Tourismus und Wirtschaft nicht ausreichend. Die interessanten Sammlungen der Universität, das geplante Haus des Wissens, das wunderbare Stadtbild sowie die reizvolle Umgebung bergen hohe Potentiale, die zusammen mit einer sehr leistungsfähigen und innovativen Hotellerie und Gastronomie gehoben werden müssen. Beherbergungsbetriebe und städtisches Marketing müssen an einen Tisch und Zusammenarbeit bei der Werbung verabreden. Auch die Nachbarorte und der Landkreis können und sollten mitarbeiten.

Es ist mit der Universität und weiteren Partnern des Wissenschafts- und Ausbildungsbereichs eine Marketingstrategie für städtische, kulturelle und wissenschaftlicher Aktivitäten/Events zu erarbeiten.

AUS IDEEN GELD MACHEN

Die Universität ist mit der Universitätsklinik der größte Arbeitgeber der Stadt. Das bedeutet allerdings, dass die Stadt von ihrem größten Flächennutzer keine Grund- und Gewerbesteuer erhält. Gewerbebetriebe waren den Professoren im 19. Jahrhundert nicht willkommen. Göttingens Ruf ist nicht gerade durch eine besondere Wirtschaftsfreundlichkeit geprägt. Beschränkungen bei der Verfügbarkeit von Gewerbeflächen verschärfen das Problem.

Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist gezielt und massiv auszubauen und nutzbar zu machen. Die Wirtschaft muss erkennen, dass es für sie ein unschätzbare Wettbewerbsvorteil ist, in Göttingen zu forschen und zu produzieren, weil es diese enge Verbindung zur Universität gibt. Die ansässigen

Unternehmen müssen die Gelegenheit bekommen, mit der Universität gemeinsame Projekte aufzusetzen und voneinander zu profitieren. Die Matching-Veranstaltungen von Universität und Industrie- und Handelskammer sind ein gelungener Anfang, der aber systematisiert fortgesetzt werden muss. Hier kann die Stadt eine aktivere, auch deutlich initiative moderierende Rolle übernehmen. So kann sie von der Wissenschaft auch für die wirtschaftliche Entwicklung profitieren.

Göttingen muss Existenzgründerinnen und -gründern aus dem wissenschaftlichen Bereich günstige Räumlichkeiten in einer angenehmen Arbeits- und Lebensumwelt anbieten. Das gelingt am besten in Nutzungsgemischten Quartieren, in denen Wohnung, Firma, und Kita zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sind. Gerade kleine, innovative Betriebe aus dem Dienstleistungsspektrum bieten sich an, in den Stadtquartieren angesiedelt zu werden. Eine solche Konstruktion bietet ideale Voraussetzungen für die Vereinbarung von Familie, Beruf, Kultur und Alltag. Wir brauchen bessere Bedingungen in Göttingen, unter denen Ideen in wirtschaftlichen Erfolg verwandelt werden können.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IM DIALOG

Die Verschuldung der Stadt ist nicht zuletzt dank des vom amtierenden Oberbürgermeister und des amtierenden Finanzdezernenten klug geführten Prozesses mit dem Land Niedersachsen abgeschlossenen EHPs sowie durch ein paar „fette Jahre“ bei den Steuereinnahmen gesunken. Damit das so bleibt, muss das Investitionsklima in der Stadt deutlich verbessert werden. Größere und kleinere Betriebe sind in Göttingen herzlich willkommen!

Ich möchte mit der privaten Wirtschaft und ihren Verbänden in dem Wissen gegenseitiger Unentbehrlichkeit einen konstruktiven Dialog führen. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss in Göttingen die weichen Standortfaktoren betonen und mit günstigen Rahmenbedingungen für wissenschaftsnahe Betriebe und Existenzgründungen werben. Wenn dazu eine erstklassige Wirtschaftsförderung und eine unternehmensfreundliche Verwaltung kommen, entstehen auch die Arbeitsplätze. Auf diese Weise erzielte Erfolge werden sich mittelfristig auch in dem Gewerbesteueraufkommen in der Stadt niederschlagen.

Es ist positiv, dass die GWG mbH im Rahmen ihrer Möglichkeiten Wirtschaftsförderung betreibt. Sie muss jedoch gestärkt werden, um mehr Optionen für ihre Arbeit zu erhalten. Die Geschäftsführung der GWG mbH braucht Unterstützung durch die Stadt, um noch besser als bisher von der Wirtschaft anerkannt zu werden. Sie soll sich nach meiner Vorstellung um alle Belange etwa der Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren kümmern, wenn jemand ein Gewerbe gründen möchte, und eine Lotsenfunktion übernehmen, wenn weitere Behörden einzubeziehen sind. Alle Informationen soll es aus einer Hand geben können. In Einzelbereichen ist die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaftsförderung sinnvoll.

Nach der Ausweisung des GVZ III (Logistikpark) ist das erste Projekt im Bau. Es ist nun Aufgabe, diese qualitativ hochwertige Gewerbefläche gezielt weiter an innovative Firmen zu vermarkten. Ich bin jedoch skeptisch hinsichtlich der Ausweisung eines weiteren GVZ IV in Holtensen und jenseits der Stadtgrenzen skeptisch. Bevor wir hier investieren, müssen wir prüfen welche Bedarfe überhaupt

bestehen und ob nicht ökologisch weniger bedenkliche Flächen verfügbar wären. Dazu brauchen wir ein differenziertes „Brachen-Kataster“, das jede Fläche auf ihre Tauglichkeit für die Funktionen Wohnen, Arbeiten, aber auch Freizeit bewertet. Wir müssen die innerstädtischen Entwicklungspotentiale heben, indem wir sie gemeinsam mit den Eigentümerinnen und Eigentümern zum beiderseitigen Nutzen entwickeln.

Bei allen Vorhaben zur Wirtschaftsförderung muss eine auch für die Öffentlichkeit transparente Kosten-Nutzen-Analyse zur Entscheidungsfindung erstellt werden.

Zur Stärkung des örtlichen Handwerks muss die Stadt die Ausschreibungen auf die Fälle beschränken, in denen dies rechtlich zwingend vorgeschrieben ist oder wenn durch Verhandlungen keine guten Angebote zu erzielen sind. Selbstverständlich müssen aber auch bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben Transparenz und fairer Wettbewerb gewährleistet sein. Jedoch muss die Stadt bei der Größe der Lose darauf achten, dass hiesige Unternehmen eine realistische Chance haben, sich am Verfahren zu beteiligen. Andererseits kann von den Unternehmen erwartet werden, dass sie sich zu Bietergemeinschaften zusammenschließen und so die notwendige Leistungsfähigkeit erlangen.

Das Handwerk wird auch profitieren, wenn das Tempo der Entwicklung von Brachflächen in Göttingen deutlich zunimmt. Der Handel erhält neue Impulse, wenn mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut angebundene Quartiere zusätzliche Kaufkraft in die Stadt bringen.

4. KINDERFREUNDLICHES GÖTTINGEN: EINE CHANCE FÜR ALLE

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern sind zu einer Minderheit geworden. In nur noch 14% aller Göttinger Haushalte leben Kinder! Das hat viele lokal nicht zu beeinflussende Gründe, doch finden sie sich auch in Göttingen selbst. Ob junge Menschen sich einen Kinderwunsch erfüllen können, hängt in der heutigen Arbeitswelt häufig von der Verfügbarkeit guter Betreuungs- und Bildungsangebote ab. Das gilt in einer Stadt mit einem großen Anteil hervorragend ausgebildeter Frauen ganz besonders.

Wir sollten gemeinsam die Anstrengungen erhöhen, dass Göttingen eine Stadt bleibt, in der Familien mit Kindern Platz finden, sich wohl fühlen, und sich mehr Menschen für Kinder entscheiden.

IN DER KINDERBETREUUNG SPITZE BLEIBEN

Wir haben seit Jahren ein wirklich gutes Betreuungsangebot für die Eltern und ihre Kinder entwickelt, das auch angenommen wird. Alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren finden einen Platz in einem Kindergarten, jedoch laufen wir trotz einer Rekordversorgung der ein- und zweijährigen Kinder von 72 (!) Prozent bei etwa 100 Anträgen auf Betreuungsgeld bei den Kindern unter drei Jahren einem weiter steigenden Bedarf hinterher. Das Recht auf einen Krippenplatz darf nicht nur im Gesetz stehen, sondern muss auch in zumutbarer Entfernung zur Wohnung oder zum Arbeitsplatz eines Elternteiles angeboten werden. Das schon hervorragende, aber eben nicht ausreichende Angebot will ich weiter ausbauen, um allen Eltern einen möglichst arbeitsplatz- oder wohnortnahen Betreuungsplatz im eigenen Stadtteil anbieten zu können, damit der Hol- und Bring-Service den Tagesablauf nicht zum Dauerstress macht.

Ein solcher Betreuungsplatz kann in altersgemischten Gruppen, bei Tageseltern, bei städtischen oder freien Einrichtungen als Ganztags- oder Teilzeitplatz angeboten werden. Weitere Angebote insbesondere in den Randzeiten müssen hinzukommen, die allerdings besondere Kostenbeteiligung der Eltern oder der Betriebe erfordern werden. Ich möchte für die Abdeckung der Randzeiten die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Tageseltern fördern. Die bewährte Tagespflegebörse und die Stadt sowie die freien Kita-Träger müssen weiter aufeinander zugehen. Die Stadt garantiert einen Platz, lässt den Eltern aber die Wahl, wofür sie sich entscheiden. Ich trete dafür ein, die Arbeit der Tageseltern mehr als bisher zu würdigen. Das muss sich auch in einer weiteren Anpassung der Vergütungssätze ausdrücken.

Wir dürfen es aber nicht versäumen, auch denjenigen Eltern unsere Anerkennung und Achtung zu zollen, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder im häuslichen Umfeld zu erziehen.

Ein weiter verstärktes Augenmerk müssen wir auf Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern legen, damit sie wenigstens ab dem dritten Lebensjahr einen Kindergarten besuchen.

Die Kita ist ein Ort der frühkindlichen Bildung. Damit sie das sein kann, werde ich mich dafür einsetzen, dass seitens des Landes der Personalschlüssel stufenweise verbessert wird. Derzeit liegt Niedersachsen bundesweit am Tabellenende.

Ich möchte erreichen, dass die Göttinger Kitas als wichtige Bildungsorte schrittweise zu Familienzentren ausgebaut werden. Die Konzeptionen des in Trägerschaft der Evangelischen Kirche befindlichen Familienzentrums in Grone oder das des neuen, in der Weststadt geplanten Familienzentrums können Vorbilder sein. Elemente eines Sozial-Dienstleistungszentrums müssen integriert sein.

Die gerade veränderten Elternbeiträge für die städtischen Betreuungsangebote haben für etliche Familien zu einer Mehrbelastung geführt. Die Beteiligung der Eltern an den Kosten der Kinderbetreuung liegt in Göttingen ähnlich hoch wie in der Umgebung sowie in vergleichbaren Städten in Deutschland. Angesichts der Herausforderungen in diesem Bereich wäre es unredlich, für die allernächste Zeit Entlastungen zu versprechen. Eine weitere Steigerung der Elternbeiträge jenseits der eingeplanten jährlichen Erhöhung von 3% schließe ich für die nächsten Jahre jedoch definitiv aus. Wir müssen die Entscheidung, ob wir mögliche Verbesserungen der Finanzsituation für die Entlastung der Eltern einsetzen wollen oder ob wir die Mittel in die Verbesserung der Qualität investieren, intensiv mit Eltern wie Kitas abwägen. Für solche Aushandlungen wäre es hilfreich, in einem wiederbelebten Stadtälternrat der Kitas einen kompetenten und starken Gesprächspartner zu haben. Dazu werden Ideen zu entwickeln sein. Sowohl zur Steigerung der Bildungs- und Betreuungsqualität als auch zur Entlastung der Eltern wird das Land Niedersachsen seinen Beitrag zu leisten haben.

GANZTAGSSCHULEN, AUF DIE VERLASS IST

Auch die Betreuung und Bildung von schulpflichtigen Kindern muss erweitert werden. Wer Krippenplätze sät, wird die Nachfrage nach Ganztagsgrundschulen ernten. Und das ist gut so! Ich habe das Ziel, dass in unserer Stadt jedes Kind seinen Begabungen entsprechend gefördert wird. Dazu gehört auch, dem Elternwunsch nach mehr Ganztagsschulplätzen in der Stadt nachzukommen.

Gut ausgebaute Ganztagschulen hat das Kultusministerium bisher nur in Grone genehmigt. Deshalb hat die Stadt den Aufbau von offenen Ganztagsgrundschulen selbst in die Hand genommen und investiert im Rahmen eines für die Stadt entwickelten Konzeptes für den Betrieb etwa die achtfache Summe wie das Land Niedersachsen. Es kann aber nicht die Lösung sein, dass der kommunale Schulträger Landesaufgaben finanziert. Die Landesregierung hat ja mittlerweile angekündigt, schrittweise das Engagement zu erhöhen. Das ist dringend erforderlich, denn sonst muss die Stadt wieder selbst initiativ werden und z.B. dafür sorgen, dass Vormittags- und Nachmittagsangebote besser als bisher verzahnt werden. Denn der Bildungserfolg der Ganztagschule hängt vor allem von dem Umstand ab, wie gut die inhaltliche Verbindung von Vormittags- und Nachmittagsangebot gelingt.

Wenn die Landesregierung ihre Ankündigung wahr macht und mehr Geld in die Ganztagsgrundschulen investiert, möchte ich das auf Seiten der Stadt eingesparte Geld im Bereich der Bildung und Betreuung belassen und in einen Dialog mit den Eltern darüber eintreten, wofür es verwendet werden soll. Ich schlage vor, in diesem

Zusammenhang über eine Verbesserung des Personalschlüssels in den Kitas zu diskutieren, insbesondere für die Krippen.

Göttingen benötigt auch in der Zukunft eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und qualitätsvolle (Grund)Schullandschaft. Gemeinsam mit Eltern wird auch hier eine offene Diskussion darüber geführt werden müssen, da Wohnortnähe und Qualität nicht immer zur Deckung zu bringen sind.

Die Bildungsregion wird über die Erstellung eines Bildungsmonitorings die Grundlagen für einen effektiven Mitteleinsatz liefern.

GERECHTE CHANCEN FÜR ALLE KINDER

Auch in Göttingen ist die soziale Herkunft für den Bildungserfolg entscheidend. Das ist für viele Kinder und Jugendliche positiv. Wir erlauben es uns in unserer weltoffenen Bildungsstadt mit einem Abituranteil von etwa zwei Dritteln aller Schülerinnen und Schüler aber auch, dass für etliche andere ihre soziale Herkunft die Bildungschancen minimiert. Auch in Göttingen sind soziale Abschottung, Bildung von Problemgruppen und Desintegrationserscheinungen zu beobachten. Wir beklagen den Kindermangel und lassen doch zu, dass noch immer zu viele Kinder ihre Begabungen nicht entfalten können. Viele Vereinsangebote werden vor allem von den wohlhabenden und gebildeten Schichten genutzt.

Die trotz ihrer hervorragenden Arbeit von den Eltern nicht mehr nachgefragten Hauptschulen sowie die Realschule werden in einer neuen Gesamtschule aufgehen. Ich möchte die Planungen auf dem Weg zu einem zweigliedrigen Schulsystem mit Gymnasien und Gesamtschulen in Göttingen auch qualitativ nachdrücklich fördern und weiß mich in diesem Ziel in bester Gesellschaft mit allen Ratsfraktionen und den Bürgerinnen und Bürgern.

Es ist für mich selbstverständlich, dass alle Maßnahmen zur Fortentwicklung und zum Ausbau von Bildungseinrichtungen (Kitas, Familienzentren, Schulen) die Inklusion im umfassenden Sinne des Begriffs berücksichtigen. Kinder mit Behinderungen besuchen noch viel zu selten Regelschulen.

Zur Schaffung von Chancengleichheit gehört auch, ausreichend betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu haben. Betriebe klagen, nicht hinreichend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu haben. Hier will ich in zwei Richtungen agieren: Erstens müssen diejenigen, die unterhalb der Anforderungen bleiben, weitere individuelle Förderung bekommen, damit sie ihre Chancen auf eine Ausbildung verbessern. Zweitens will ich die Klagen der Betriebe über mangelhaft qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber in der Weise ernst nehmen, indem wir das Matching zwischen potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern und Betrieben unterstützen. Der Befund, es gebe in Göttingen nicht genug gut ausgebildete und qualifizierte Schulabgängerinnen und Schulabgänger ist angesichts des extrem hohen schulischen Abschlussniveaus in Göttingen nicht nachvollziehbar. Es gibt nicht in erster Linie ein Qualifizierungs-, sondern vor allem ein Vermittlungsproblem.

Ich möchte zusammen mit dem Landkreis das Übergangsmanagement Schule-Beruf weiter beleben. Die Beschäftigungsförderung Göttingen - wie auch immer in Zukunft organisatorisch aufgestellt - soll hierbei wie auch bei der Unterstützung lokaler

Ausbildungsverbände zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze eine tragende Rolle spielen.

Der Masterplan gegen Kinderarmut bedarf der Umsetzung. Ich möchte, dass hierzu Konzepte und Projekte entwickelt werden.

Ich strebe an, in Kooperation mit dem Landkreis eine integrierte Jugend- und Schulentwicklungsplanung zu erstellen.

Damit jedes Kind die Chance erhält, seine musischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Talente voll zu entwickeln, muss die Stadt mit den verschiedenen Einrichtungen über eine Ausweitung der Leistungen der Göttinger SozialCard ins Gespräch kommen. Familien mit geringen Einkommen sollen finanziell die Möglichkeit bekommen und vor allem aktiv ermutigt werden, ihre Kinder an Angeboten teilnehmen zu lassen.

Zu einem kinderfreundlichen Göttingen gehören auch die bereits angesprochenen bezahlbaren Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern. Sie sind durch unsere Städtische Wohnungsbaugesellschaft verstärkt zu schaffen oder ihr Bau muss entsprechend gefördert werden.

STADT FÜR JUNG UND ALT

Das Zusammenleben der Generationen gehört zu einer kinderfreundlichen Stadt. Ich möchte erreichen, dass es mehr Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten im Straßenraum gibt. Eine Stadt kann nie genug ungefährlichen Raum für den natürlichen Bewegungsdrang der Kinder bereitstellen. Ich möchte ein Spielplatzverbundkonzept für die Stadt haben, in dem alle „Spielräume“ für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene aller Altersgruppen, zusammengefasst und aufeinander bezogen werden. Die bereits heute hervorragende Einbeziehung von Kindern und Eltern etwa bei der Planung bzw. Sanierung von Spielplätzen möchte ich zu einer Spielleitplanung ausbauen. Daraus kann die Stadt an Kinderfreundlichkeit gewinnen und die Handlungskompetenzen und das Engagement der Kinder und Jugendlichen fördern.

Jugendliche müssen in der Stadt mehr Möglichkeiten erhalten, ihr Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Abgrenzung gegenüber der Erwachsenenwelt auszuleben. Bushaltestellen oder Einkaufsmärkte sind dafür kein Ersatz. Die städtischen sowie freien Kinder- und Jugendhäuser sind für die junge Generation unverzichtbar und müssen auf Dauer gesichert werden. Das erarbeitete Konzept zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit muss nun zügig umgesetzt werden. Dabei sollte nach meinem Wunsch der Stadtjugendring eine wichtige Rolle spielen. Die Jugendlichen sollen dabei wie auch in anderen Bereichen stärker als bisher mitgestalten können.

5. WELCOME-CITY: EINE STADT FÜR ALLE

Göttingen ist eine internationale Stadt mit großer kultureller und ethnischer Vielfalt. In vielen Lebensbereichen, im Sport, an der Universität, den Forschungsinstituten, in den Krankenhäusern und Altenheimen oder in der Gastronomie sind Menschen aus anderen Kulturen und Herkunftsländern bestens integrierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste oder Gastgeber und manche sogar Stars. Viele dieser sich vielleicht weniger als Deutsche, aber doch längst als Göttingerinnen und Göttinger verstehenden Menschen sind es leid, immer noch als Migranten identifiziert und klassifiziert zu werden. Ich will, dass diese Menschen in ihrer Normalität sichtbar werden. Ich will sie motivieren und einladen, sich einzumischen in die Angelegenheiten der Stadt und Verantwortung in Politik und Verwaltung zu übernehmen. Eine offene und internationale Atmosphäre ist auch ein zunehmend wichtiger werdender Standortfaktor.

EINE KULTUR DES WILLKOMMENS

Ich möchte, dass Göttingen ein Musterbeispiel für eine Willkommen heißende Stadt, eine Welcome-City wird. Das Klima der Weltoffenheit und Toleranz, das die Stadt seit vielen Jahren prägt, ist dafür die beste Voraussetzung. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die soziale und rechtliche Teilhabe voraussetzt. Integrationspolitik muss daher in der Verwaltung in allen Ressorts und Fachbereichen, bei allen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden. Das sollte nach meiner Meinung u.a. durch einen eigenständigen und entsprechend besetzten Integrationsausschuss geschehen.

In der Vergangenheit waren die vielen positiven Beispiele gelingenden Zusammenlebens von Menschen aus so vielen Nationen zu oft ein Grund, über die vorhandenen Probleme hinwegzusehen. Ich möchte, dass die Probleme benannt und realistisch beschrieben werden, um sie gemeinsam mit den vielen Menschen zu lösen, die aus dem Ausland gekommen und nun bei uns heimisch geworden sind oder die hier heimisch werden wollen. Erwartungen aneinander müssen deutlich formuliert und Wege des Miteinanders, manchmal auch des respektvollen Nebeneinanders gefunden werden.

Auch in der vergleichsweise heilen Göttinger Welt gibt es nach wie vor Integrationsprobleme. Auch in Göttingen gibt es Wohnviertel, in denen Migrantinnen und Migranten unter sich bleiben. Auch in Göttingen erreichen Kinder mit Migrationshintergrund nicht die ihren Potenzialen entsprechenden Schulabschlüsse.

Migrantinnen und Migranten, egal ob längst eingebürgert oder gerade neu angekommen, sind vor allem eine Bereicherung und Stärkung unserer Stadt. Deshalb will ich die Zahl der Einbürgerungen in den nächsten Jahren drastisch erhöhen. Wer immer die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt, soll gezielt und persönlich eingeladen werden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern muss weiterverfolgt werden. Die Ausländerbehörde zeigt im Sinne der Betroffenen

verstärkt individuelle Wege zur Inklusion auf, insbesondere mit dem Ziel der Beendigung prekärer (Duldung) oder gar „illegaler“ Aufenthalte.

Die gute Arbeit des Integrationsbüros und ihre verstärkte Kooperation mit der Ausländerbehörde müssen die Grundlage für die Entwicklung einer elaborierten Willkommenskultur in der Stadt werden. Die neu in Göttingen Ankommenden brauchen neben einer Wohnung eine gute soziale Begleitung, um eine Chance in unserer für sie oft fremden Kultur und Gesellschaft zu haben. Die Zusammenarbeit mit Unterstützern wie FairBleib, dem Migrationszentrum, der Gesellschaft für bedrohte Völker, dem Roma-Center usw. muss ausgebaut bzw. aufgebaut werden.

BILDUNG UND SPRACHERWERB

Ein Schlüssel zur Integration sind ausreichende Sprachkenntnisse. Diese werden am besten schon in frühen Jahren erworben. Deshalb müssen wir dafür werben, dass gerade Eltern, deren Deutschkenntnisse unvollkommen sind, ihre Kinder in die Krippe und in den Kindergarten schicken. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen so weitergebildet werden, dass sie den neuen Anforderungen der Sprachförderung entsprechen können.

Damit die Kinder Deutsch lernen, müssen auch die Eltern und ganz besonders die Mütter beim Spracherwerb unterstützt werden. Neuankommenden – egal ob als Asylsuchende oder als Arbeitsmigranten – möchte ich das Angebot machen, einen „Grundkurs Deutschland“ zu besuchen, in dem viele grundlegende Informationen gegeben werden, sei es die deutsche Ämterstruktur, die Schulpflicht, das Schulwesen, das Berufsbildungssystem, finanzielle Belange usw. usw.

Das dreigliedrige Schulsystem hat sich überholt. Die Stadt muss rasch Wege in die Zweigliedrigkeit mit Gymnasien und Gesamtschulen gehen, um auch auf diesem Weg die Bildungsgerechtigkeit gerade für Benachteiligte zu befördern.

In Göttingen gibt es ein ausgeprägtes Vereinsleben von Migranten. Es muss unser Anliegen sein, es zu fördern und die Migranten und ihre Selbstorganisationen als Partner zu gewinnen. Die Bewältigung der oben skizzierten Herausforderungen liegt auch im Interesse der Migranten, schließlich handelt es sich auch um ihre Kinder und um ihre Stadt. Die Beziehung z.B. zu den Moscheevereinen muss deshalb aufrechterhalten und intensiviert werden.

INTEGRIERT EIN LEBEN LANG

In Deutschland geborene, hier aufgewachsene und bestens integrierte Kinder sollen künftig nicht mehr abgeschoben oder von ihren Eltern getrennt werden müssen. Die Ausländerbehörde der Stadt wird künftig nicht mehr an unmenschlichen Abschiebungen mitwirken. Sollten höhere Behörden das im konkreten Fall anders sehen, werden sie künftig ggf. einen Streit vor Gericht in Kauf nehmen müssen. Wenn dieser Weg in den Kommunen Schule macht, wird dies auch Druck auf eine längst überfällige Änderung des Rechts ausüben.

Ältere Zugewanderte sind oft mit besonderen Problemen konfrontiert, weil sie nur einen beschränkten Zugang zu Informationen haben oder keine für sie angepassten Angebote vorfinden. Das betrifft vor allem Fragen zu Krankheiten und Pflege, aber

auch die sensiblen Felder Sterbebegleitung und Bestattungskultur. Ich möchte deshalb das Thema „Migration und Alter“ befördern. Ziel ist es, Menschen mit Migrationshintergrund über die Zugangswege zu den Angeboten der Altenhilfe zu informieren und zu beraten. Gleichzeitig sollen die in der Altenhilfe tätigen Fachkräfte unterstützt werden, eine kultursensible Pflege zu praktizieren. Ihnen müssen verstärkt Informationen über Lebenssituation, rechtliche Lage, Religion und kulturelle Besonderheiten der Zugewanderten vermittelt werden. Außerdem möchte ich dafür werben, dass sich Migrantinnen und Migranten mehr als bisher für das Berufsfeld der Altenpflege interessieren.

Deutschland ist Einwanderungsland. Göttingen ist Einwanderungsstadt. Der Wandel zur aktiv gelebten und gestalteten Einwanderungsgesellschaft kann gerade in Göttingen gelingen.

6. KULTUR: VIELFALT ERMÖGLICHEN UND POTENZIALE NUTZEN

Das kulturelle Angebot in Göttingen ist in seiner Vielfalt und Qualität überdurchschnittlich. Wir haben mit der Lokhalle eine leistungsfähige Veranstaltungsstätte. Und auch die Stadthalle ist für viele Künstler und das GSO ein wichtiger Spielort. Darüber hinaus finden Empfänge, Tagungen usw. statt.

Die lebendige Kulturszene ist ein bedeutsamer Standortfaktor für die Stadt, und nicht nur für sie: Göttingen wird seiner Rolle als Oberzentrum Südniedersachsens auch in kultureller Hinsicht vollauf gerecht.

Der Entschuldungshilfevertrag mit dem Land Niedersachsen hat Kulturschaffenden sowie den Verantwortlichen in der Verwaltung viel abverlangt. Beiden Seiten gebührt Respekt. Nun muss allerdings unter Neubewertung des möglichen Rahmens aus dem Umgang mit dem – relativen! - Mangel wieder eine aktive Kulturpolitik werden. Wir müssen unsere kreativen Kulturschaffenden in Göttingen halten! Die Stadt hat dafür weniger zu steuern, sondern vor allem die Aufgabe, Möglichkeiten zu eröffnen.

KULTUR ÜBER STADTGRENZEN HINAUS DENKEN

Ich möchte, dass kulturell über die Stadtgrenzen hinaus gedacht wird. Neben der Hochkultur hat die quicklebendige, weitgehend unabhängige Kulturszene nicht nur ihren Platz, sondern sie ist gewollt, gefragt und wird unterstützt. Kultur in Göttingen darf nicht Bittsteller sein müssen. Unsere Kulturlandschaft ist ein sehr bedeutsamer Standortfaktor, der es Betrieben und vielen Hochqualifizierten in Wissenschaft und Wirtschaft so leicht macht, nach Göttingen zu kommen und die nie wieder weg wollen.

Das Deutsche Theater und das Junge Theater sind hinsichtlich ihrer Qualität über jeden Zweifel erhaben. Die vielen Kulturangebote aus der freien Szene geben der Kulturlandschaft Göttingens aber erst die richtige Würze.

Die bildende Kunst hat in Göttingen noch nicht das Gewicht, das ihr gebührt. Ich lade dazu ein, über Abhilfe nachzudenken. Dazu gehört auch ausreichend Ausstellungsräume. Kreative Lösungen sind gefragt.

ORTE FÜR KREATIVE IDEEN

Der bauliche und technische Zustand der Stadthalle ist bedenklich. Ich warne auch in finanziell engen Zeiten davor, schnell die vermeintlich preiswerteste Lösung, nämlich eine Minimal-Sanierung zu favorisieren. Wir müssen uns die Zeit nehmen zu erörtern, welche Funktionen eine Halle in Göttingen haben muss, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Eine Diskussion darum, welche diese Anforderungen sind, hat bisher nicht stattgefunden. Der Musik auch in der Zukunft eine funktionale und würdige Heimat zu geben ist eine wichtige, aber nicht die einzige Funktion. Auch an diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal, dass die Stadt strategische Orientierungen braucht, die Kriterien liefern für die Beurteilung dessen, wohin sich die Stadt entwickeln soll. Es zeigt sich an diesem Beispiel sehr deutlich, dass das kurzfristige „Fahren auf Sicht“ vermeintliche Sicherheit gibt, tatsächlich aber ins Ungewisse führt. Deshalb plädiere ich dafür, für die allernächste Zeit nur das Allernötigste in die Stadthalle zu investieren, um Zeit zu gewinnen für einen

Orientierungsprozess, der dann Grundlage für konkrete, handfeste Entscheidungen ist. Die heute preiswert erscheinende Lösung kann sich schnell als über die gesamte Lebensdauer einer Immobilie gerechnet teuerste herausstellen, insbesondere dann, wenn man wagt, auch einen Neubau ins Kalkül zu ziehen, bei dem ein ganz anderer Lebenszyklus, andere Unterhaltungs- und Betriebskosten und andere Einnahmen zu Grunde zu legen wären.

Der Wunsch vieler Kulturschaffender nach Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Präsentationen muss ernst genommen werden. Ich habe keine Patentlösungen parat, halte aber den Dialog für dringend erforderlich. Denn ich bin sicher, dass es in der Stadt Räume gibt, die oft leer stehen. Ich möchte, dass die Stadt alle, die zu kulturförderlichen Rahmenbedingungen beitragen können, zusammenführt.

ANSPRECHPARTNER FÜR KULTURSCHAFFENDE

Ich möchte als Oberbürgermeister unseren erfolgreichen und kreativen Fachbereich Kultur als verlässlichen und kompetenten Ansprechpartner für alle Kulturschaffenden und Kulturgenießenden in der Stadt in bisheriger Form erhalten und sein initiatives Vorgehen weiter stützen. Das kulturpolitische Leitbild soll Schritt für Schritt umgesetzt werden. Ein Teil des Kulturetats soll für kulturelle Innovationen zur Verfügung stehen. Ein entsprechendes Controllingssystem ist wie bei allen städtischen Bezuschussungen und Förderungen vorzusehen.

Die Möglichkeiten der Ausweitung der Leistungen der SozialCard auf weitere Bereiche der Kultur will ich prüfen lassen.

Zum Schluss dieses Themenkreises will ich zwei auch für mich offene Fragen aufwerfen:

1. Warum verleiht die Stadt keinen Preis an bildende Künstler?
2. Ob es uns gelingt, mal wieder einen – kleinen – Etat für den Ankauf von Kunstwerken einzurichten?

7. STADTENTWICKLUNG: PLATZ ZUM WOHNEN, ARBEITEN UND LEBEN

Göttingen hat die Chance, zu einer der wenigen wachsenden Regionen in Deutschland zu werden. Die Stadt ist so attraktiv, dass viele Menschen hierher ziehen, hier Arbeit finden und eine Familie gründen. Ein großer Erfolg.

Um die Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu bewältigen – steigende Mieten, knapper Wohnraum, volle Straßen und soziale Brennpunkte – und ihre Chancen zu nutzen, braucht es allerdings mehr als nur einige Quadratmeter Wohnungsfläche.

NUTZUNG VORHANDENER FLÄCHEN: EIN ERFOLGSMODELL

Wer in Göttingen eine Wohnung sucht, hat schlechte Karten. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware – zur Miete genauso wie im Eigentum. Am schwersten haben es große Familien, Menschen mit Behinderungen sowie Studierende, baulich und finanziell angemessenen Wohnraum zu finden. Und die Nachfrage steigt weiter: Die Zahl der Studierenden wird eher zu- als abnehmen. Die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) bemüht sich aussichtsreich um eine zusätzliche Fakultät. Die Firma Sartorius hat große Wachstumspläne. Das Max-Planck-Institut baut gerade in großem Stil und beschert der Stadt das fünfte MPI und stellt uns damit hinsichtlich der Anzahl von MPIs mit München auf eine Stufe. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen finden in unserer Wissenschaftsstadt ein förderndes Umfeld.

Ich möchte erreichen, dass bis zum Jahr 2025 auf den ungenutzten Flächen in der Stadt Wohnraum für 5.000 Menschen geschaffen wird und mindestens 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen können. Diese Wohnungen sollen nicht auf Kosten der Umwelt oder des Stadtbildes gebaut werden. Deshalb will ich Flächen nutzen, die gegenwärtig brachliegen, z.B. alte Industrieareale.

Auf den Zietenterrassen fanden mehr als 2.000 Menschen eine Wohnung. Das ist ein Erfolgsbeispiel. Kein Quadratmeter Natur musste weichen, weil alles auf Konversionsflächen entstand. Entsprechend dem Grundsatz "Binnenentwicklung vor Außenentwicklung" müssen wir an dieses Erfolgsprojekt anknüpfen. Göttingen muss seine Selbstverpflichtung wahrnehmen, die es mit der Unterzeichnung der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt eingegangen ist.

Ehemalige Industrieareale müssen planmäßig genutzt werden, um dort Neues entstehen zu lassen. Wir müssen uns beeilen, sonst findet das nur noch in der nächsten Dekade zu erwartende Bevölkerungswachstum außerhalb der Stadtgrenzen statt. Auf Prognosen dürfen wir uns nicht ausruhen, zumal als Bedingung für künftiges Bevölkerungswachstum eine kluge Wohnraumpolitik genannt wird. Nehmen wir diese Mahnung ernst! Wir benötigen eine strategische Baulandbevorratung. Wenn die Wohnungen erst im Umland gebaut sind, wird es kein Geld und keinen Bedarf mehr geben, die Göttinger Altflächen zu nutzen.

Entscheidend ist, dass die Stadt sich der Entwicklung der Flächen annimmt. Wichtigste Partner werden die Städtische Wohnungsbaugesellschaft, die weiteren Wohnungsbaugesellschaften, aber auch die GWG sein. Aber selbstverständlich sind

nach wie vor auch und besonders private Investoren herzlich willkommen in der Stadt! Alle sind aber den Erfordernissen und Perspektiven des Göttinger Wohnungsmarktes verpflichtet und müssen sich der Verantwortung zu ökologischem Bauen bewusst sein.

Ich will vor der Erschließung neuer Flächen auf den Brachflächen städtebauliche Entwicklungsbereiche ausweisen. Kapital zum Grunderwerb muss dafür wie auch für eine darüber hinausgehende strategische Grunderwerbspolitik ausgewiesen werden. So kann es gelingen, allen ein Angebot zu machen, die an der Bebauung von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen interessiert sind. Dann braucht Göttingen kein Neubaugebiet auf Äckern und Wiesen. Allen, die in Göttingen wohnen und wirtschaftlich tätig werden möchten, soll ein faires Angebot gemacht werden können.

Wir haben Schrottimmobilien in der Stadt, die wir zusammen mit ihren Investoren genauer unter die Lupe nehmen und denen wir konsequenter auf die Finger schauen müssen. Eigentum verpflichtet, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern menschenwürdigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Es wird zu prüfen sein, ob nicht in stärkerem Maße als bisher das Rechtsinstrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach §§ 165ff BauGB genutzt werden kann, um schneller voranzukommen (städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, die in öffentlichem Interesse liegen).

NACHHALTIGER UND VIELFÄLTIGER STÄDTEBAU

Alle künftigen Wohnbauvorhaben müssen eine gemischte Bewohnerschaft ermöglichen: Wohnungen für große Familien, altersgerechte Wohnungen, Sozialwohnungen, Wohnungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber müssen in größeren Wohnanlagen zum Konzept gehören. Aber auch in bestehenden Quartieren möchte ich eine größere Nutzungsmischung erreichen, um sie lebendiger werden zu lassen. Gerade für ältere, wenige mobile Menschen ist es wichtig, im Ort die Bedürfnisse des Alltags befriedigen zu können.

Das Städtebauliche LEITBILD 2020: GÖTTINGEN STELLT SICH DER ZUKUNFT (mit Aktualisierungen bis 2025) kann Grundlage sein für eine Überarbeitung, die sich den Fragen der sozialen und ökologischen Implikationen schonungslos stellt. Dafür ist in einem breiten Meinungsbildungsprozess vorab eine Idee darüber zu verhandeln und festzulegen, an welchem Modell von Stadt sich Göttingen orientieren soll. Dazu bedarf es externer Unterstützung.

In den Stadtteilen muss anders gebaut werden als in der Kernstadt. Kompakter Geschosswohnungsbau passt hier nicht zur Umgebung. Ich möchte, dass die jungen Leute nicht aus den Stadtteilen wegziehen müssen, wenn sie einen eigenen Haushalt gründen. Für den tatsächlichen Eigenbedarf der äußeren Stadtteile müssen Baumöglichkeiten vorhanden sein. Binnenentwicklung muss aber auch hier vor Außenentwicklung gehen. Manche Besitzer von Grundstücken im Ort würde ich gerne im Gespräch davon überzeugen, dass Sie eine Wohnnutzung ihres Eigentums ermöglichen.

Ebenso wichtig ist der Erhalt des Lebens und der Gemeinschaft in den Dörfern. Nikolausberg, Herberhausen, Roringen, Elliehausen, Groß Ellershausen,

Hetjershausen, Esebeck, Holtensen – all diese Dörfer sind noch weitgehend intakte Sozialräume. Auf den Zietenterrassen wohnt es sich gut, aber für ein lebendiges Quartier sollten Orte der Begegnung, Einkaufsmöglichkeiten und vielleicht sogar Arbeitsplätze hinzukommen. Außerhalb der Innenstadt sind bestehende Strukturen insbesondere im Handel - vor allem in den Dörfern - zu stärken, ohne zu versäumen, die Innenstadt als lebendiges Zentrum weiterzuentwickeln.

Für die Vergabe der Baugrundstücke brauchen wir ein neues Verfahren. Die Stadt legt einen fairen Preis fest, den Zuschlag erhalten die Bauträger bzw. die privaten Bauwilligen mit dem besten Konzept. Kriterien dafür müssen erarbeitet und politisch diskutiert werden. Baugemeinschaften oder –genossenschaften sollten wir nach meiner Meinung Investorenmodellen vorziehen. Ich stelle mir des Weiteren vor, dass bei der Beurteilung der Konzepte das Zusammenleben mehrerer Generationen sowie soziale Faktoren besonderes Gewicht bekommen. Zudem sollte das Energiekonzept neuer Quartiere von Beginn an auf solare Wärmeversorgung ausgerichtet werden.

KURZE WEGE GEGEN VOLLE STRABEN

Immer mehr Menschen entscheiden sich nicht mehr für eine Wohnung oder ein Haus in Göttingen, sondern bevorzugen das Umland, obwohl sie lieber in der Stadt wohnen würden. In den letzten 20 Jahren sind die Nachbargemeinden Rosdorf und Bovenden gewachsen, während in der Stadt heute rund 4000 Menschen weniger wohnen als 1993. Göttingen muss den beiden Nachbarorten die Hand reichen und in gemeinsamer Anstrengung dafür sorgen, dass die Menschen in der Leineschiene bleiben, um hier zu wohnen und zu arbeiten.

Vor allem junge Familien und Familien mit mehreren Kindern verlassen Göttingen gezwungenermaßen und kommen dann häufig als Autopendler zurück. Die Staus werden länger, die Umweltzerstörung wächst. Göttingen fehlen durch diesen Aderlass aktive Bürgerinnen und Bürger. Kaufkraft, Leben und Steuereinnahmen gehen verloren.

Wenn Göttingen den Ausweg in die – ohnehin kaum noch vorhandene - freie Landschaft wählt, werden die Gemeinden um uns herum das als Rechtfertigung für die Ausweisung weiterer Baugebiete aufgreifen. Ich will deshalb entschlossen die Aktivierung der Brachflächen betreiben.

Göttingen hat mit der Stadtentwicklung in Grone-Süd eine hervorragende Arbeit geleistet, die weit über die Grenzen Niedersachsens Anerkennung gefunden hat. Auf den alten Kasernengelände auf den Zietenterrassen entstanden neue Wohnungen und Einfamilienhäuser. Die Attraktivität dieses neugestalteten Areals würde noch wesentlich steigen, wenn hier ein Konzept der „Kurzen Wege auf den Zieten“ entwickelt würde. Die bereits vorhandenen Elemente Wohnen, Freizeit, Gestaltung des öffentlichen Raums als Ort von Spiel und Begegnung bedürfen zur Erzielung einer noch lebendigeren Mischung der Ergänzung um Elemente wie Arbeiten, Nahversorgung, soziale Vielfalt, ein Konzept zur Minimierung des Autoverkehrs, geringer Energieverbrauch und hohe bauliche Dichte. Letzteres wird gelegentlich kritisiert, ist aber die Voraussetzung dafür, dass sich ein Leben im Stadtteil mit Kneipen, Lokalen und Geschäften überhaupt entwickeln kann.

IDEEN FÜR EINE LEBENDIGE INNENSTADT

Unser gemeinsames Anliegen muss es sein, die Altstadt als pulsierendes Herz Göttingens für alle zu erhalten und weiter zu entwickeln: zum Einkaufen und für das Freizeitvergnügen genauso wie als Ort zum Wohnen und Arbeiten. Wir müssen auf neue Bedürfnisse der Zeit die passenden Antworten finden.

Für viele Besucherinnen und Besucher ist Göttingen eine schöne Stadt, die man gerne besucht. Handel und Gewerbe einerseits und Wohnen andererseits haben eine aus meiner Sicht meistens gelungene Balance gefunden. Gleichwohl gibt es viele „Baustellen“, die angefasst werden wollen.

Das Gelände hinter St. Marien ist ein Schandfleck. Der Wochenmarktplatz ist nur attraktiv, wenn Veranstaltungen stattfinden. Auch der Albaniplatz ist entweder eine trostlose Asphaltwüste oder ein Parkplatz voller Autos.

Es ist aus meiner Sicht bedauerlich, wie wenig bisher aus dem Potenzial des Wassers in der Stadt – also des Leinekanals - gemacht worden ist. Es muss in der Zukunft jede Gelegenheit genutzt werden, das Erlebnis Wasser sichtbar werden zu lassen. Seit Anfang der 90er Jahre steht die Sichtbarmachung des Leinekanals im Flächennutzungsplan. Ein erster guter Anfang ist am Robert-Gernhardt-Platz gemacht. Aber neue Bachläufe müssen perspektivisch in einen fortgeschriebenen Flächennutzungsplan aufgenommen werden.

Das Leben in der Altstadt muss für Familien und ältere Menschen genauso möglich und attraktiv sein wie für Studierende. Kinder brauchen endlich geschützte Spielmöglichkeiten, die über einzelne Spielpunkte hinausgehen.

Für den unbefriedigend geregelten Lieferverkehr in der Innenstadt muss gemeinsam mit den Händlern und Gewerbetreibenden eine konsistente Lösung gefunden werden, an deren Einhaltung alle ein Interesse haben. Davon profitieren die Geschäfte wie auch die Kundinnen und Kunden.

Die gute Zusammenarbeit der Stadt mit ProCity und dem Einzelhandelsverband muss fortgesetzt und ausgebaut werden. Wie wollen wir z.B. dem Leerstand etlicher Geschäfte entgegenwirken? Innovative Ideen sind gefragt. Wie wäre es, sich mit bildenden Künstlern zusammenzutun und über Atelier- und Ausstellungsräume zu sprechen? Die Läden wären belebt und den Künstlerinnen und Künstlern gedient.

8. GÖTTINGEN FÜR ÖKOLOGISCHE ZUKUNFTSPOLITIK

Göttingen ist eine „grüne Stadt“!?

Für das ökologische Engagement und Bewusstsein der Menschen stimmt das ganz sicher, aber gemessen an harten Fakten hat Göttingen noch viel Luft nach oben.

Göttingen soll sich zu einer ökologischen Modellstadt entwickeln. Wir waren gegen Ende der 1970er Jahre einmal bundesweite Vorreiter in Sachen ökologischer Zukunftspolitik. Wir hatten seinerzeit den ersten Kommunalen Landschaftsplan und den ersten Umweltatlas! Göttingen gehört wieder an die Spitze der Bewegung! Hohe Lebensqualität und Prinzipien der Nachhaltigkeit lassen sich in Göttingen vereinbaren. Ich möchte, dass wir uns Göttingen in naher Zukunft auch unter lokaler Perspektive den Fragen einer Post-Wachstums-Ökonomie stellen.

Das Göttinger Umwelt- und Naturschutzzentrum e.V. (GUNZ) muss in dem beschriebenen gesamten Themenfeld ein wertvoller Partner für die Stadt sein.

Ich will ein Gesprächs- und Austauschforum schaffen, das regelmäßig das Thema „Nachhaltiges Göttingen“ beleuchtet und Impulse in die Stadt, die Politik und die Verwaltung sendet.

LEBENSRAÜME ERHALTEN

Göttingen hat hohes ökologisches Potenzial! Welch ein Schatz ist der Stadtwald. Als Waldbesitzer spielt die Stadt eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Umsetzung einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Der Göttinger Stadtwald erfüllt wichtige ökologische Funktionen für die Stadt. Er ist in Bezug auf Naturschutz und Biodiversität ein wahrer Vorzeigewald! Dazu dient er uns Göttingerinnen und Göttingern zur Naherholung. Diesen Schatz gilt es unbedingt zu erhalten! Die ökologische Waldbewirtschaftung entsprechend der Zertifizierungs-Systeme für nachhaltige Waldbewirtschaftung muss fortgeführt werden. Holz als Baustoff wird bei städtischen Bauten angemessen berücksichtigt und bei privaten Bauvorhaben privilegiert.

Ich will den Naturschutz in Göttingen stärken. Neue Flächenversiegelungen sollen – wenn denn unvermeidlich – möglichst auf die Innenverdichtung beschränkt bleiben. Wichtige Ausgleichs- und Naherholungsflächen müssen erhalten bleiben und erweitert werden. Auch in diesem Bereich bedarf es der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbargemeinden sowie dem Landkreis.

Durch die Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr soll die Entsiegelung von Flächen belohnt werden (hier z.B. treffen sich Bau- und Umweltpolitik).

Es ist dringend erforderlich, ein Auge auf unsere Naturschutzgebiete zu werfen. Viele Flächen scheinen vernachlässigt zu sein. Schauen wir uns z.B. das Bratental an, das sich durch Halbtrockenrasen und Orchideen auszeichnet. Entspricht die heutige Nutzung dem Schutzzweck?

Seit Jahren ist über den Beitritt der Stadt zum Bündnis für biologische Vielfalt in Kommunen keine Entscheidung gefallen, obwohl wir die Deklaration zur biologischen Vielfalt in Kommunen unterzeichnet haben. Das ist nicht konsequent! Wenn wir es mit ökologischer Stadtpolitik ernst meinen, muss der Beitritt zum Bündnis rasch erfolgen. Um die Netzwerkarbeit – u.a. mit dem Landkreis, der längst Mitglied des Bündnisses ist – sinnvoll und ernsthaft betreiben zu können, aber vor allem die vielen andern anstehenden und aufgeschobenen Projekte bewältigen zu können, bedarf es einer personellen Verstärkung der Unteren Naturschutzbehörde!

Dazu lohnt es sich, sich wieder auf den Agenda21-Prozess für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu besinnen, der seit über zehn Jahren eingeschlafen zu sein scheint. Aber die Themen sind nach wie vor bedeutsam und werden von aktiven Gruppen in der Stadt weiter bearbeitet. Ich nenne nur einige Stichworte: Transition-Town, Internationale Gärten, Netzwerk Nährboden, Permakulturverein usw. Die Stadt muss diese Initiativen wieder wahrnehmen und unterstützen. Eine Zusammenarbeit mit dem IZNE der Universität kann hier fruchtbar sein.

Die Kleingärten haben u.a. eine wichtige Funktion für die Naherholung. Sie sind Frischluftproduzenten und tragen zum Wohlbefinden in der Stadt bei. Die Grün- und Erholungsflächen in der Stadt sind in ausreichendem Maße und stadtoökologisch an den richtigen Standorten zu erhalten. Ich möchte auch moderne, neue Kleingärten im Weichbild der Stadt, offen, einladend für alle, ohne Zäune.

ÖKOLOGIE IST CHEFSACHE

Ökologie muss im Rathaus Chefsache sein. Der zuletzt im Jahre 2011 überarbeitete Luftreinhalteplan muss zu einem Umweltbericht ausgebaut werden, in dem die unterschiedlichen Bereiche in der Gesamtschau zusammengefasst werden. Auch wenn es in Niedersachsen im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern noch keine gesetzliche Grundlage für ein Ökokonto gibt, möchte ich mit der Stadt vorangehen und frühzeitig weitere sinnvolle, über das Kiesseeareal hinausgehende Ausgleichsmaßnahmen planen, die wirksamer sind als individuelle flankierende Maßnahmen. Die Aktualisierung des Flächenkatasters für die Ausgleichsflächen muss gestärkt und vorangetrieben werden. Dies schafft Erleichterungen für künftige Investoren. Im neuen Landschaftsplan, für den als Vorbereitung ein Landschaftsrahmenplan ja vorliegt, sind schutzwürdige Flächen zu inventarisieren und zu bewerten. Es wird zu prüfen sein, ob der Landschaftsplan auch die Funktion eines Umweltberichts übernehmen kann.

9. KLIMA UND VERKEHR

Etliche städtische Gebäude, nicht zuletzt das Neue Rathaus, sind schreckliche Energieverschwender. Das Radwegnetz: ausbaufähig. Die Luftqualität: europäische Grenzwerte für Luftschadstoffe werden im Stadtgebiet regelmäßig überschritten. Der Strom-Mix: ein viel zu großer Anteil des in Göttingen verbrauchten Stroms stammt aus Atomkraft und aus fossilen Energiequellen. Straßenverkehr: Noch immer kommt ein großer Teil der ca. 33.000 Einpendler täglich mit dem Auto in die Stadt. Es kommen täglich viele Schülerinnen und Schüler dazu, darüber hinaus ca. 9000 Auspendler. Die CO²-Emissionen verbleiben u.a. dadurch auf hohem Niveau.

Zur Entwicklung einer langfristigen Rahmenplanung zu einer abgestimmten Regionalentwicklung und Raumordnung will ich die unmittelbaren Nachbargemeinden und den Landkreis Göttingen gewinnen. Dazu gehören Verkehrsfragen, das Ziel einer bilanziellen Energie-Autarkie, Hochwasserschutz, aber auch wirtschaftliche Fragen.

Mit mutigen Ideen, dem ökologischen Bewusstsein in der Stadtbevölkerung, einem stark ökologisch geprägten Stadtrat und einem Oberbürgermeister, dem eine ökologisch ausgerichtete Stadtentwicklung sowohl Kopf- wie Herzenssache ist, können wir Göttingen auf die globalen Herausforderungen von Klimawandel und Energieverknappung vorbereiten.

Hier müssen wir ran!

STÄDTISCHER KLIMASCHUTZ: MEHR ALS STROMSPAREN

Wir verfügen in der Stadt über ein gut gemachtes Klimaschutzkonzept, das aber in seinen Folgerungen auch konsequent umgesetzt werden muss.

Die Stadtwerke müssen auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen.

Innerhalb der Stadt ist der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über Windvorranggebiete fortzusetzen. Berechtigte Einwände müssen ernst genommen werden. Allerdings können wir, die wir es mit der Energiewende ernst meinen, nicht mit dem Finger um uns herum zeigen, sondern müssen auch bereit sein, innerhalb der Stadtgrenzen den Bau von Windrädern zu ermöglichen.

Zu nachhaltiger städtischer Umweltpolitik zähle ich auch rechtzeitige Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel. Dazu gehören z.B. der sorgsame Umgang mit vorhandenen städtischen Grünflächen, die Förderung von Dachgärten oder die Berücksichtigung von Windschneisen bei Bauplanungen zur Sicherstellung eines reibungslosen Luftaustausches für ein angenehmes Stadtklima.

Der Hochwasserschutz bedarf besonderer Beachtung. Die Feuerwehren benötigen auch in Zukunft eine gute Ausrüstung und eine ordentliche Unterbringung. Für die aktuellen Probleme der Freiwilligen Feuerwehren Weende, Grone, Geismar, Elliehausen sowie Innenstadt müssen gute, aber bezahlbare Lösungen gefunden werden. Auch dadurch drückt sich der Dank der Stadt für die aufopferungsvolle Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren aus.

VERKEHRSVERBUND: BUS UND FAHRRAD FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Für umweltfreundliche Mobilität in Göttingen brauchen wir einen neuen Schub. Der gute Standard der GöVB muss nicht nur gehalten, sondern ausgebaut werden. Das vorgelegte Konzept für einen neuen Fahrplan ab 2014 ist mit deutlichen Verbesserungen beschlossen worden. Das Konzept hält aber den Anforderungen, die an einen modernen, zukunftsgerichteten Fahrplan zu stellen sind, nicht stand. Das Ziel muss eine weitere Steigerung der Fahrgastzahlen um weitere fünf auf 23 bis 25 Millionen sein. Das ist möglich in Verbindung mit kluger, auf Verdichtung setzender Wohnungsbaupolitik. Wir müssen künftig bereit sein, bei der Planung des ÖPNV weniger Kompromisse einzugehen! Und wir müssen mindestens mit Rosdorf und Bovenden in diesem Feld enger kooperieren.

Darüber hinaus halte ich eine neue Qualitätsoffensive für erforderlich, die auch neue Kundinnen und Kunden gewinnen kann. Der Verbund Fahrrad/Bus muss deutlich gestärkt werden, z.B. durch sichere Parkmöglichkeiten, aber auch durch Mitnahmeevorrichtungen am Bus.

Die Vor- und Nachteile eines regionalen Verkehrsbetriebs müssen geprüft werden.

Ich will den Ökoverbund gegenüber dem MIV stärken. Zur Förderung des Fahrradverkehrs müssen neue Formen der Verkehrsführung für Radfahrer erprobt werden, z.B. der Fahrradstreifen inmitten der Fahrbahn nach dem preisgekrönten Beispiel der Stadt Soest. Weitere Radstraßen sind erforderlich. Eine intelligente, die Interessen der Fußgängerinnen und Fußgänger berücksichtigende Querung der Weender Straße z.B. in Höhe des Nabels ist zu kreieren. Insgesamt braucht der Straßenverkehr eine strategische Ausrichtung mit deutlicher Bevorzugung des ÖPNVs, des Fahrrads sowie der Fußgänger.

Mir ist sehr an einer Verbesserung des Klimas zwischen den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern gelegen. Zu oft bleiben die Interessen der Fußgängerinnen und Fußgänger außer Acht. Insbesondere in und im Umkreis der Innenstadt ist hierauf ein besonderes Augenmerk zu legen. Auch wenn ich durch entsprechende bauliche Ausbaumaßnahmen oder auch Verkehrsregelungen dem Fahrrad als umweltfreundlichem Verkehrsmittel den Vorrang geben möchte, darf es auf der Straße kein Gegeneinander, sondern muss es ein Miteinander geben, das unter Einhaltung der Regeln von gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Den Radverkehr zu stärken, heißt auch, die Wege in die Stadtteile zu verbessern. Die Verbindung vom Bahnhof in den Universitätsbereich ist ein positives Beispiel. Für die Verbindung nach Grone entlang der Kasseler Landstraße besteht aber z.B. Handlungsbedarf, ebenso nach Geismar. Denn nicht alle Radfahrerinnen und Radfahrer werden die Möglichkeiten nutzen wollen und nach der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht auf der Straße fahren.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Verringerung des Verkehrslärms sowie des Schadstoffausstoßes und zur Hebung des Aufenthalts- und Lebensgefühls in der Stadt möchte ich prüfen, unter welchen Voraussetzungen außer auf dem Vorbehaltsnetz ein flächendeckendes, stadtweites Tempolimit auf Tempo 30 oder auf Tempo 40 möglich ist.